Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 8.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 5—6 Uhr.
Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.
In den Filialen für Ins.-Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstraße 1,
Louis Lösche,
Katharinenstr. 23 part. u. Königsplatz 7,
nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt
und
Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Abonnementspreis
vierteljährlich 4½ Mk.
incl. Bringerlohn 5 Mk., durch die Post bezogen 6 Mk. Jede einzelne Nummer 20 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
(in Tageblatt-Format gefalzt)
ohne Postbeförderung 60 Mk.
mit Postbeförderung 70 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut uns. Preisverzeichniß.
Tabellarischer u. Ziffernsatz nach höherm Tarif.

Reclamen
unter dem Redactionsstrich die 4gespalt. Zeile 50 Pf., vor den Familiennachrichten die 6gespaltene Zeile 40 Pf.
Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 173. Donnerstag den 21. Juni 1888. 82. Jahrgang.

Amtlicher Theil.

Bekanntmachung.

Gemäß einer Verordnung des Evangelisch-Lutherischen Landesconsistoriums wird zum Ehrengedächtniß weiland Sr. Majestät des Deutschen Kaisers Friedrich III. am 4. Sonntage nach Trinitatis, den 24. laufenden Monats,
ein Trauergottesdienst
in den hiesigen evangelisch-lutherischen Kirchen stattfinden.

Für die Mitglieder der sämmtlichen Behörden und des Stadtverordneten-Collegiums werden in der Nicolaikirche, soweit thunlich, Plätze reservirt werden.

Leipzig, den 19. Juni 1888.

Die Kircheninspection für Leipzig.
Der Superintendent. D. Pank. **Der Rath der Stadt Leipzig.** Dr. Georgi. Hentschel.

Bekanntmachung.

Wegen Herstellung von Rohrverbindungen in der Katharinenstraße und dem **Böttchergäßchen** wird das letztere von **Donnerstag, den 21. dss. Mts.** ab auf die Dauer der etwa 4 Tage in Anspruch nehmenden Arbeiten **für den durchgehenden Fahrverkehr gesperrt.**

Leipzig, den 19. Juni 1888.

Der Rath der Stadt Leipzig.
I X. 4671. Dr. Georgi. Hennig.

Ausschreibung.

Für den Neubau des Polizei-Gebäudes hierselbst werden
1) die Maurer-Arbeiten,
2) „ Schmiede- und Walzeisen-Arbeiten,
3) „ Wasserleitungs- und Entwässerungs-Arbeiten,
4) „ Asphalt-Arbeiten
hierdurch ausgeschrieben.

Arbeitsverzeichnisse und Bedingungen können auf unserem Bauamte, Rathhaus, 2. Obergeschoß, Zimmer Nr. 5, gegen Hinterlegung von je 2 ℳ für die Arbeiten unter 1—3 und von je 1 ℳ für die Arbeiten unter 4 entnommen werden.

Die Gebote sind versiegelt und mit der Aufschrift **„Neubau Polizei-Gebäude — Maurerarbeiten ꝛc.“ bis zum 11. Juli d. J.** daselbst einzureichen.

Wir behalten uns die Auswahl unter den Anbietenden, bezw. auch die Theilung der Arbeiten, sowie Ablehnung sämmtlicher Angebote vor.

Leipzig, den 19. Juni 1888.

Des Raths der Stadt Leipzig Baudeputation.
Ib. 2557.

Bekanntmachung.

Die Ausführung
1) **der Zimmerarbeiten,**
2) **der Schieferdeckerarbeiten,**
3) **der Klempnerarbeiten**
für **das Exhaustorgebäude, das Scrubbergebäude und das Ammoniakwasser- und Theervorrathsbassin**
bei dem **Erneuerungsbau** der **I. Gasanstalt**
ist vergeben und werden die unberücksichtigt gebliebenen Herren Bewerber hierdurch ihrer Angebote entlassen.

Leipzig, am 20. Juni 1888.

Des Raths der Stadt Leipzig Deputation zu den Gasanstalten.

Feldverpachtung.

Zur **Verpachtung** der der Stadtgemeinde Leipzig gehörigen Feldparcellen
1) **Nr. 456 des Flurbuchs für Connewitz,** an der Kaiserin Augusta-Straße östlich der Südstraße, von 12 ha 47,7 a = 22 Acker 164 Quadrat-R. und
2) **Nr. 684 des Flurbuchs für Lindenau,** sog. Schildwiese, von 67,5 a = 1 Acker 66 Quadrat-R. Flächengehalt auf die **9 Jahre 1889** bis mit **1897** zum Feldbau mit Ausschluß jeder anderen Benutzungsweise beraumen wir auf
Dienstag, den 3. Juli dss. Js.,
Vormittags 11 Uhr,
Rathhaus, 1. Etage, Zimmer Nr. 16, einen Versteigerungstermin an.

Die Versteigerungs- und Verpachtungsbedingungen nebst den betr. Situationsplänen liegen in der Expedition unserer Oekonomie-Inspection, Johannisplatz Nr. 9, zur Einsichtnahme aus.

Leipzig, den 19. Juni 1888.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Ib 1436. Dr. Georgi. Cerutti.

Königl. Sächs. Standesamt.

Donnerstag den 21. dieses Monats werden wegen Reinigung der Locale nur Vormittags von 8 bis 11 Uhr Anmeldungen entgegengenommen.

Leipzig, den 18. Juni 1888.

Der Standesbeamte: Triedler.

Aerztlicher Bezirksverein Leipzig-Stadt.

Sitzung am 21. Juni, Abends 6 Uhr, im Saale der 1. Bürgerschule.
Tagesordnung:
1) Registrande.
2) Weiterberathung der Standesordnung. **Dr. Neubert.**

Nichtamtlicher Theil.

Zur Gesammtlage.

Aus der tief schmerzlichen Erregung, in welche die civilisirte Welt der ganzen Erde durch den Tod Kaiser Friedrich's versetzt worden war, hat sich als Frucht eine allgemeine Stärkung des Friedensbedürfnisses und im Zusammenhang damit auch eine größere **Zuversicht auf Erhaltung des Friedens** entwickelt, als noch vor Kurzem bestand. Es hat weder in Frankreich, noch in Rußland seinen Eindruck verfehlt, daß der Bund der europäischen Centralmächte von der Person, welche an der Spitze Deutschlands steht, unabhängig ist. Deutschland, Oesterreich-Ungarn, Italien und England wollen den Frieden auf der Grundlage der bestehenden Besitzverhältnisse in Europa erhalten, und weil sie es wollen und die Kraft haben, ihrem Willen Nachdruck zu geben, sehen sich Frankreich und Rußland genöthigt, ihre auf Veränderung der Karte von Europa gerichteten Wünsche zu vertagen.

Ein Thronwechsel in Deutschland hat eine wesentlich andere Bedeutung als ein Präsidentenwechsel oder auch nur ein Cabinetswechsel in Frankreich. Mit dem Rücktritt der leitenden Persönlichkeiten in Frankreich ist stets die ganze bis dahin geltende Politik in Frage gestellt; einem friedlich gesinnten Präsidenten kann ein kriegerisch gearteter folgen, einem vorsichtigen und gemäßigten Ministerpräsidenten ein Hitzkopf. In Deutschland tragen die gesammten Verhältnisse das Gepräge der Dauer, eine auf Ueberlieferung und auf klarer Erkenntniß der Landesinteressen beruhende Politik ist von kundiger und sicherer Hand thatkräftig und systematisch seit langer Zeit geleitet worden, und ihr Erfolg war nicht nur dem Lande selbst segenbringend, sondern er hat die Billigung des benachbarten Auslandes in dem Grade gefunden, daß sich der feste Zusammenschluß aller dem Frieden zugethanen Bestandtheile der europäischen Völker daraus ergeben hat. Der Friedensgedanke hat dadurch in Europa eine Kraft gewonnen, daß er die ihm feindlichen Elemente gleichfalls zwingt, Frieden zu halten, so sehr sie ihm auch abhold sein mögen. Wir dürfen das ohne Selbstüberhebung einen Triumph der deutschen Politik nennen, um so mehr, als vom Leiter der auswärtigen Politik Oesterreich-Ungarns noch vor wenigen Tagen öffentlich ausgesprochen worden ist, daß der europäische Friedensbund seine Kraft durch unverändertes Fortbestehen trotz zweimaligen Regierungswechsels in Deutschland unwiderleglich dargethan hat.

Frankreich und Rußland beugen sich der Wahrheit dieses Ausspruches, wenngleich widerwillig und unter dem Grollen der öffentlichen Meinung. Frankreich nimmt die Miene an, als ob mit Kaiser Wilhelm II. ein junger Heißsporn auf den Thron gelangt wäre, der eifrig nach der Gelegenheit späht, um Kriegsruhm zu erwerben, und Rußland fühlt sich dadurch gekränkt, daß Oesterreich-Ungarn militairische Vorkehrungen trifft, um die Ansammlung russischer Truppen an seiner Ostgrenze unschädlich zu machen. Die Kundgebungen der öffentlichen Meinung beider Länder bewegen sich aber innerhalb bescheidener Grenzen, sie gehen nicht darauf aus, die Spannung der Lage bis zum Bruch zu treiben, sondern sie machen nur ihrem gepreßten Herzen Luft. Die mühsam verhaltene Wuth darüber, daß beide nicht so können, wie sie wollen, dringt aus allen Aeußerungen der Presse hervor. Es ist klar, daß die gegenwärtige Zurückhaltung nicht das Ergebniß eines Verzichts auf ihre Wünsche ist, sondern daß sie nur die Zeitlage nicht für günstig halten, um zur That zu schreiten.

Voraussetzung der Fortdauer des Friedens ist nach wie vor eine Rüstung der Friedensmächte, welche denen der auf Friedensstörung bedachten Mächte das Gleichgewicht hält. Wäre dem nicht so, dann hätten sich die Delegationen Oesterreichs und Ungarns nicht so leicht und einstimmig bereit erklärt, die Forderungen der gemeinsamen Regierung zu bewilligen. Noch am 18. Juni sagte Graf Kalnoky im Budgetausschusse der ungarischen Delegation, man könne die politische Lage nicht anders charakterisiren, als daß deren fortdauernde Unsicherheit alle Mächte zwinge, in der Stärkung der eigenen Wehrmacht den besten Schutz gegen Gefahren und die beste Sicherung des Friedens zu erblicken. Wollte man sich in dieser Beziehung einer grundlosen Vertrauensseligkeit überlassen, dann würden die verhängnißvollen Folgen nicht ausbleiben.

Die Eindrücke, welche die neue Lage herbeigeführt hat, sind noch zu frisch, als daß man sie auf ihre Nachhaltigkeit hätte prüfen können, aber so viel ist schon jetzt erkennbar, daß sie der Erhaltung des Friedens günstig sind. Rußland bringt dem jungen deutschen Kaiser die besten Hoffnungen entgegen, und seine Regierung ist demgemäß bemüht, ihn durch Erweisung von Aufmerksamkeiten für sich zu gewinnen. Das ist für den Augenblick sehr erfreulich, aber dadurch wird das Verhalten Rußlands zu Oesterreich-Ungarn nicht verändert, und darum handelt es sich doch für Rußland, wenn es seine Zwecke auf der Balkanhalbinsel erreichen will. „Die meisten Balkanvölker sind bereits zu der Einsicht gekommen, daß die Bestrebungen Oesterreichs auf der Balkanhalbinsel auch ihnen zum Vortheil gereichen.“ Mit diesen Worten Kalnoky's ist die Richtung der Politik Oesterreich-Ungarns auf der Balkanhalbinsel klar vorgezeichnet, und daran kann die freundschaftlichste Gesinnung Kaiser Wilhelm's II. für Rußland nichts ändern.

In dem kurzen Zeitraum von wenig mehr als drei Monaten drängen sich Ereignisse zusammen, welche eine nach menschlichem Ermessen eine Reihe von Jahren umfassende Zeit hätte ausfüllen müssen. Europa hat noch kaum die sich aus dem Thronwechsel vom 9. März ergebenden Veränderungen festzustellen vermocht, und schon wieder ist die Welt durch ein folgenschweres Ereigniß erschüttert worden. Wer den bestehenden Zustand aufrecht zu erhalten bedacht ist, wird durch solche Ereignisse, wie sie der Tod Kaiser Wilhelm's I. und Kaiser Friedrich's darstellt, in seinem moralischen Gleichgewicht nicht gestört, wohl aber solche, die aus der Veränderung der Lage für längst gehegte Pläne Nutzen zu ziehen bestrebt sind. Wenn es sich nun zeigt, daß kein auch noch so erschütterndes Ereigniß stark genug ist, um die bewährte Grundlage der europäischen Friedenspolitik zu verändern oder gar aus den Fugen zu bringen, so ist eine solche Erfahrung wohl geeignet, weitgehenden Erwartungen eine Grenzlinie zu ziehen, den Urhebern und Förderern hochfahrender Pläne zum Bewußtsein zu bringen, daß sie Unmögliches anstreben und daß sie sich bescheiden müssen in ihren Wünschen und Hoffnungen.

Die gegenwärtige Gestalt der europäischen Verhältnisse ist nicht der Art, daß sie im Handumdrehen in ihr Gegentheil verkehrt werden könnte. Die Anspannung der Wehrkraft Europas ist das Ergebniß einer ganzen Reihe von Friedensjahren mit verstärkter Kriegsrüstung. Ist das Bewußtsein bei den Haupttreibern dieser Rüstung zum Durchbruch gekommen, daß sie mit allen ihren Anstrengungen und Opfern an Geld und Arbeitskraft doch nicht zum Ziele kommen können, dann ist der Kraftverbrauch des friedlichen Europas nicht vergeblich gewesen, dann hat die alljährlich verstärkte Rüstung wirklich den Zweck gehabt, den bestehenden Zustand zu erhalten und zu befestigen. Die Erfahrungen der letzten Wochen und Monate, die Stetigkeit der Fortentwickelung auf der bisherigen Grundlage müßte nach menschlichem Ermessen die Friedensfeinde endlich zur Besinnung der Vergeblichkeit ihres Thuns gebracht haben, aber Derjenige irrt, der da glaubt, daß in dieser Welt immer das Gute, das Wahre siegen wird.

Leipzig, 21. Juni 1888.

* Nach der „Post“ hat der **Kaiser** am Dienstag um 1 Uhr den Oberpräsidenten der Provinz Posen, **Grafen von Zedlitz-Trützschler,** empfangen.

* Eine wichtige Entscheidung hat das **preußische Oberverwaltungsgericht** bezüglich der **Betheiligung von Beamten an der Wahlagitation der Oppositions-Parteien** in einem Erkenntnisse getroffen, welches in diesem Puncte die Entscheidung eines hannoverschen Kreisausschusses gegen einen Gemeindevorsteher abänderte. Ein Gemeindevorsteher hatte an einer Wählerversammlung der deutsch-hannoverschen Partei bei den letzten Wahlen unter den Leitern dieser Partei theilgenommen, auch in derselben Flugblätter unter die Anwesenden vertheilt. Im Gegensatze zu dem Kreisausschuß hat in diesem Puncte das Oberverwaltungsgericht anerkannt, daß dem Gemeindevorsteher „wegen seines Eintretens für die deutsch-hannoversche Partei und wegen Theilnahme an der Wählerversammlung zu L. eine disciplinarisch zu ahnende Verfehlung nicht zur Last gelegt werden könne, weil den unmittelbaren Staatsbeamten die außerordentliche politische Thätigkeit auch im Interesse einer Oppositionspartei nicht unbedingt und nicht unter allen Umständen durch die Pflichten ihres Amtes versagt sei. Eine Verletzung der letztern liege nur dann vor, wenn der Beamte bei jener Thätigkeit gegen die Pflicht „rücksichtsvoller Achtung“ gegenüber den Staatsbehörden oder Staatsbeamten verstoße, oder zu offenbar ungerechten oder unwahren Behauptungen oder Angriffen übergehe, oder gar bewußt die Bestrebungen einer Partei fördere, welche grundsätzlich die Grundlagen der bestehenden Rechts- oder Staatsordnung angreife. Daß einer dieser Fälle bei dem berührten Vorgange vorgelegen habe, sei nicht festgestellt“.

* Am Montag Nachmittag ist zu Berlin an einem Schlaganfall der frühere langjährige Verleger der „Volkszeitung“, ehemaliges Mitglied des Reichstages und des Landtages, **Franz Duncker,** gestorben. Geboren am 4. Juni 1822, besuchte er das königliche Realgymnasium in Berlin, studirte in Berlin Philosophie und Geschichte und widmete sich sodann dem Buchhandel. 1848 war Duncker Hauptmann einer Bürgerwehr-Compagnie. April 1853 kaufte er die von A. Bernstein 1849 begründete „Urwählerzeitung“ und ließ, als diese unterdrückt wurde, eine Fortsetzung derselben mit dem Titel „Volkszeitung“ erscheinen. 1859 war Duncker an den sogenannten „Eisenacher Beschlüssen“ betheiligt, sodann in Frankfurt a. M. an der Begründung des deutschen Nationalvereins, dessen Ausschuß er in den späteren Jahre angehörte. 1861 war der Verstorbene Mitbegründer der deutschen Fortschrittspartei und gehörte lange Jahre dem Centralwahlcomité derselben an. Die Stadt Berlin entsendete Duncker mehrere Legislaturperioden hindurch in den Landtag und den Reichstag; hier vertrat er den 5. Wahlkreis. Kurz nach seiner am 10. Januar 1877 abermals erfolgten Wiederwahl zum Reichstagsabgeordneten legte er seine Mandate aus damals vielerörterten persönlichen Gründen nieder. Neben seiner politischen Thätigkeit hatte Duncker sein Augenmerk auf die Verbesserung der Lage der arbeitenden Classen, namentlich auf die Unterstützung der Bildungsbestrebungen derselben gerichtet. Von 1865 bis Ausgang der siebenziger Jahre war der Verstorbene Vorsitzender des großen Berliner Handwerkervereins.

* **Der Tod des Kaisers Friedrich** hat in **Petersburg** einen mächtigen Eindruck gemacht; man trauert nicht aus persönlicher Theilnahme für den nahen Verwandten des Kaiserhauses und für den bewundernswerthen Dulder, sondern wegen des Scheiterns der Hoffnungen, welche man auf den Gegensatz zwischen dem Fürsten Bismarck und der Umgebung des sterbenden Kaisers gesetzt hatte. Anzeichen eines besonderen Wohlwollens für Deutschland darf man also nicht darin erblicken, wenn die russische Presse, besonders die extrem-panslawistische, dem Verstorbenen äußerst sympathische Nachrufe widmet. Der deutschfeindliche „Swjet“, der beim Tode des Kaisers Wilhelm einen frechen Artikel brachte, in welchem gesagt war, Rußland ehre auch seine **Feinde,** erscheint heute in Trauerrand und bringt einen begeisterten Nachruf, in welchem zugleich die Regierung des Kaisers Wilhelm II. angegriffen wird. Von der gesammten Theilnahme kann man sagen: Man merkt die Absicht und man wird verstimmt. Sehr gespannt ist man auf die Entwickelung, welche die deutsch-russischen Beziehungen in Zukunft nehmen werden. Man befürchtet vielfach, daß wieder die nämlichen Verhältnisse eintreten werden wie in den letzten Regierungsjahren des Kaisers Wilhelm. Einige Blätter dagegen jubeln über den Untergang des englischen Einflusses in Berlin. Die „Nowoje Wremja“ verlangt, daß die europäische Diplomatie jetzt aus der Unsicherheit heraustrete und mit offenen Karten spiele.

* Ueber eine durch ihren ungewöhnlichen Verlauf ausgezeichnete **Audienz,** welche der in Vertretung des beurlaubten Frhrn. v. **Radowitz** mit der Leitung der deutschen Botschaftsgeschäfte in **Konstantinopel** betraute Bukarester Gesandte Dr. Busch kürzlich beim **Sultan** hatte, wird aus Konstantinopel berichtet. Das Gespräch wurde anfangs, wie üblich, durch die beiden Dragomane geführt, bald aber sprach der Sultan den der türkischen Sprache mächtigen Gesandten **türkisch** an, und fortan wurde die Unterhaltung in dieser Sprache geführt. In dem Berichte wird hervorgehoben, daß dies vielleicht das erste Mal war, daß ein Vertreter einer Großmacht sich unmittelbar mit dem Sultan zu unterhalten vermochte, daß in Folge dieses Umstandes aber auch die Audienz einen besonders herzlichen Verlauf genommen habe.

* Wieder sinkt ein Helfershelfer des napoleonischen Staatsstreichs vom Jahre 1851 ins Grab: Charlemagne Emile **de Maupas** ist, wie man der „Vossischen Zeitung“ aus **Paris** meldet, am Montag im Alter von 70 Jahren **gestorben.** St. Arnaud, Morny, Rouher und Fleury sind schon vor Jahren gleich ihrem ehemaligen Gebieter aus dem Leben abberufen worden; Maupas, der Polizeipräfect des Staatsstreichs, ist der letzte jener kleinen Gesellschaft von Soldaten und Beamten, die damals die Hauptrolle spielten und das Gelingen des Verbrechens ermöglichten. Maupas war es, der in der Nacht auf den 2. December 1851 die Verhaftung der Volksvertreter und Generale anordnete, die als die entschlossensten Feinde Napoleon's bekannt waren. Dann zum Minister der allgemeinen Polizei befördert, führte er in Frankreich ein Ueberwachungssystem ein, wie es vor und nach ihm in diesem Jahrhundert kaum wieder ausgeübt worden ist. Die Presse war unter ihm aufs Schmählichste geknebelt und einmal, 1853, war er schon im Begriff, 21 Personen, darunter mehrere Journalisten, ohne jegliche Verurtheilung nach Afrika transportiren zu lassen, eine Absicht, die nur durch das entschlossene Auftreten Girardin's vereitelt wurde. Später war er Gesandter in Neapel, Senator und Präfect in der Provinz, bis er sich nach Napoleon's Sturz in das Privatleben zurückzog. Vor einigen Jahren brachte er sich noch einmal in Erinnerung, indem er seine Denkwürdigkeiten veröffentlichte, in denen er den traurigen Muth hatte, den Staatsstreich zu rechtfertigen.

* Ueber das Resultat der **demokratischen Nationalconvention in St. Louis** äußert sich jetzt, vom Standpuncte der „**Unabhängigen**“ aus, die „New-Yorker Handelszeitung“. Nachdem Cleveland's vorzügliche Eigenschaften hervorgehoben worden, heißt es dort weiter:

Indessen nahmen die Demokraten nicht mit Unrecht an, daß Cleveland allein diesmal nicht im Stande sein werde, der Partei zum Siege zu verhelfen, und deshalb haben sie den greisen Ex-Senator **Thurman** als zweiten auf den Wahlzettel gestellt. Diese Handlungsweise war eine durchaus diplomatische. Allen G. Thurman ist zwar eigentlich zu alt und körperlich nicht mehr rüstig genug, um das ihm zugedachte Amt zu bekleiden, in welchem er leicht dazu berufen werden könnte, den Präsidenten zu ersetzen, doch genießt der Mann, der sich stets in seiner öffentlichen Laufbahn als tüchtiger Staatsmann und Charakter von unzweifelhafter Integrität bewiesen, großes und verdientes Ansehen bei allen Parteien des Landes. Somit calculirten die demokratischen Führer, daß viele Bürger, welche vielleicht aus der einen oder anderen Ursache diesmal nicht wieder für den demokratischen Präsidentschaftscandidaten gestimmt haben würden, durch die Aufstellung Thurman's dazu veranlaßt werden möchten. In dieser Voraussetzung dürften sich die Demokraten auch kaum getäuscht haben, denn namentlich für die ältere Generation hat der Name des greisen Exsenators einen guten Klang.

Bei der von der Convention erlassenen Principien-Erklärung, dem sogenannten Programm der Partei für die bevorstehende Campagne, handelt es sich natürlich in erster Reihe um die Stellung der Demokratie gegenüber der Frage der **Revision des Zoll-Tarifs.** Da die Partei Cleveland wieder zu ihrem Bannerträger erkoren, mußte sie selbstverständlich auch seine Ansichten bezüglich der Tarif-Frage indossiren und das ist denn auch geschehen. Die Convention hat sich mit den von Herrn Cleveland in dessen letzter Jahres-Botschaft an den Congreß betreffs Verminderung der Regierungs-Einkünfte ausgesprochenen Empfehlungen einverstanden erklärt und sich für Annahme der gegenwärtig im Congresse schwebenden Mills'schen Tarif-Bill ausgesprochen. Merkwürdiger Weise ist in der Principien-Erklärung der seitens der gegenwärtigen Administration befolgten Politik in Bezug auf die Reform des Civildienstes nicht die Erwähnung geworden, welche man von der Partei zu erwarten berechtigt war. Es ist dies ein deutlicher Beweis dafür, daß die Demokraten, im Grunde genommen, nicht viel von der Civildienst-Reform halten, und daß sie noch immer an dem alten verderblichen Princip „dem Sieger gehört die Beute“ hängen. Im Uebrigen ist das demokratische Partei-Programm als solches kein übles und entspricht seinem Zweck. Einen besonderen Eindruck auf die Stimmgeber des Landes, namentlich auf die Geschäftsleute, macht eine derartige Principien-Erklärung heutzutage nicht mehr. Jede Partei pflegt da die schönsten Versprechungen zu machen, welche indessen später selten eingelöst werden. So ist es z. B. schon häufig in Bezug auf die Tarif-Angelegenheit der Fall gewesen, und auch diesmal werden die Bürger wenig auf die diesbezügliche Erklärung der demokratischen Partei geben, ehe sie nicht sehen, daß der Congreß etwas Entscheidendes betreffs der Tarif-Revision thut. Das demokratische Wahl-Programm liegt nunmehr vor dem Volke; man darf wohl gespannt auf dasjenige sein, welches die Republikaner in ihrer demnächst in Chicago stattfindenden Convention aufstellen werden.

* Aus **Brüssel** verlautet, der **König** habe die Nachricht vom **Tode Stanley's** erhalten.

Trauerkundgebungen beim Tode Kaiser Friedrich's III.

* Wir bringen die folgenden weiteren **Trauerkundgebungen** gelegentlich des Abscheidens **Kaiser Friedrich's** zum Abdruck:

* **Berlin,** 19. Juni. In Folge des Hinscheidens Sr. Majestät des Kaisers und Königs Friedrich III. sind dem hiesigen Magistrat noch von folgenden Städten Beileids-Telegramme zugegangen: aus Iseo, Mandezza, Monopoli, Pistoja, Meggarmering.

* **Karlsruhe,** 19. Juni. Bei dem heutigen Wiederbeginn der Verhandlungen der zweiten Kammer hielt der Vicepräsident Friedrich eine Ansprache, in welcher er der Trauer um den Heimgang Sr. Majestät des Kaisers Friedrich Ausdruck gab. Die Sitzung wurde sodann geschlossen.

* **Weimar,** 19. Juni. Bei dem heute stattgehabten Trauergottesdienste für den hochseligen Kaiser Friedrich waren anwesend: die Großherzogin, die Erbgroßherzogin, die Prinzen, der preußische Gesandte von Derenthall, sowie die Spitzen der Civil- und Militairbehörden.

* **Pest,** 19. Juni. (Oberhaus.) Der Präsident Baron Vay widmete dem Heimgang des Kaisers Friedrich einen Nachruf: Man werde schwerlich in den Annalen der Nationen einer Katastrophe begegnen, welche solche Theilnahme in der ganzen civilisirten Welt gefunden, wie die leider eingetretene. Der heimgegangene Bundesgenosse unseres erhabenen Königs und der Monarchie habe sich trotz seiner kurzen Regierung ein gesegnetes, bleibendes Andenken zu sichern gewußt. Wie das hohe Haus der Magnaten anläßlich des Ablebens Sr. Majestät des Kaisers und Königs Wilhelm seine Theilnahme bekundete, so wollen wir anläßlich des Hintritts seines erlauchten Nachfolgers ein Gleiches thun. (Lebhafte Zustimmung.) Lassen Sie uns daher feierlich, eines Sinnes, eines Herzens aussprechen, daß die Mitglieder des hohen Magnatenhauses, an ihren bisherigen Gefühlen festhaltend, auch bei diesem Anlasse den innigsten Antheil nehmen an der tiefen Trauer des deutschen Reiches. Nach allseitiger Zustimmung seitens des Hauses wurde der Ministerpräsident ersucht, den Ausdruck der theilnahmsvollen Trauer der Regierung des deutschen Reiches zur Kenntniß zu bringen.

* **Bern,** 19. Juni. Die heutige Sitzung des Ständeraths wurde von dem Präsidenten Schoch derselben mit folgenden Worten eröffnet: „Gestern ist in der Friedenskirche zu Potsdam Kaiser Friedrich von Deutschland beigesetzt worden, nachdem ihm der Tod am 15. d. M. die Erlösung von langem Leiden gebracht hatte. Der Kaiser aus dem Hause Oesterreich, welcher in der ersten Periode des deutschen Reiches den Namen „Friedrich III.“ führte, war 53 Jahre hindurch Träger der Krone; auf dem Haupte des edlen Sprossen aus dem Stamme der Hohenzollern hat sie nicht einmal doppelt so viele Tage geglänzt; und diese kurzen Herrschertage waren noch dazu ebenso viele schwere Schmerzenstage: eine tückische Krankheit hatte den herrlichen Kern im Mark getroffen, und so sank er, der vorher so hoch und prächtig emporragte, in der Vollkraft der Jahre zusammen. Kaiser Friedrich hat ein leuchtendes Beispiel gegeben, wie herbe Leiden mit Ergebung und Mannesmuth zu tragen sind. Ehren auch wir die Heldenhaftigkeit, die er nicht nur auf Schlachtfeldern, sondern besonders auch auf seinem eigenen schweren Leidensgange bewiesen hat! Geben auch wir dem Gefühle der herzlichen Theilnahme an den Leiden, von welchen das Herrscherhaus des großen deutschen Reiches betroffen worden ist, Ausdruck! Ich ersuche Sie, meine Herren, sich zu Ehren des weiland Kaiser Friedrich's von den Sitzen zu erheben.“